

Hobbits gegen Palantir

Eine Bewegung formiert sich gegen die Einführung der Überwachungssoftware von Palantir für die Polizei Baden-Württembergs

von Pablo Flock

Vielleicht ist es Teil der Verkaufsstrategie: Provokante rechts-libertäre und -populistische Aussagen der Tech-Milliardäre und Firmenchefs, Peter Thiel und Alexander Karp, machen sie zum weltweit kontroversen Medienthema und ihre Firma Palantir zum bekanntesten Player der militärischen und überwachungstechnischen Analysesoftwares. Innenminister Dobrindt möchte ihre Software für die Bundespolizei einführen, während gegen Bayern eine Verfassungsbeschwerde wegen des Einsatzes einer solchen läuft. Daneben nutzen auch Hessen und Nordrhein-Westfalen die Software schon.

Die auf Palantirs Datenbank-Vernetzungs-Programm Gotham basierenden Softwares heißen dort dann individuell z.B. Hessendata oder VeRa, was in Bayern für „verfahrenübergreifende Recherche- und Analyseplattform“ steht. Sie sollen es Ermittlern mit der nötigen Berechtigung ermöglichen, Daten aus verschiedenen der Polizei zugänglichen Datenbanken schneller abrufen zu können, und diese visuell aufbereiten.

Theoretisch, so legt es die Benutzung solcher Softwares zur Zielauswahl durch Israel nahe,¹ könnten jedoch auch soziale Medien, Überwachungskameras und sogar Satellitenbilder in eine solche vernetzte Überwachung miteinbezogen werden. Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze² nimmt auch in Deutschland zu und eine KI-gestützte Auswertung der sozialen Medien für die Polizei forderten Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Polizeigewerkschaften³ schon Ende 2024.

Nun will auch Baden-Württemberg die Software einsetzen. Eine erste Lesung für die dafür notwendige geplante Aufhebung der Zweckbindung bei Daten, also eine Befugnisweiterung im Polizeigesetz, fand Anfang Oktober statt, eine erste öffentliche Anhörung am 22. Oktober.⁴ Der baden-württembergische Polizeichef, ein Vertreter des Fraunhofer Instituts für sichere Informationssysteme und weitere der eingeladenen Expert:innen sprachen sich überwiegend für eine solche „Schließung der Befähigungslücken“ aus. Kritische Stimmen seien außen vor geblieben, monieren Kritiker jedoch.

Und diese haben begonnen, sich zu organisieren. Das Bündnis „Kein Palantir in Baden-Württemberg“ tritt der

behördlichen Befugnisweiterung mit verschiedenen Taktiken entgegen. Kurz vor der ersten Anhörung mobilisierte es am Samstag, 4. Oktober 2025, auf den Stuttgarter Schlossplatz, um gemeinsam gegen die Einführung der Datenanalysesoftware Gotham von Palantir durch die baden-württembergische Polizei zu demonstrieren. Am 2. November 2025 folgte eine weitere Demo in Stuttgart mit Anfangs- und Abschlusskundgebung auf dem Rotenbühlplatz.

Gegründet hatte sich das Bündnis über eine Gruppe auf dem Messenger Signal, die „Hobbits gegen Palantir“ hieß. Die Firma Palantir hat, wie auch andere Unternehmen von Peter Thiel, ihren Namen aus der Fantasiewelt von Herr der Ringe. Die allsehende Glaskugel des Bösewichts Saruman wird dort so genannt. Die Software hat mit Gotham den Namen der von übermäßiger Kriminalität betroffenen Stadt bekommen, in der Batman im gleichnamigen Film richtig aufräumt.

Bündnis aus Tech-Nerds und Oppositionsparteien

Die aus den Chaostreffs der Region initiierte Bewegung bildete ein breites Bündnis. Neben den Fachkompetenzen Chaos Computer Club (CCC) und digitalcourage und der aus dem selben Milieu kommenden Piratenpartei riefen die Petitionsplattform Campact, aber auch die baden-württembergische SPD, die Partei Die Linke Baden-Württemberg, Verdi und sogar die Grüne Jugend und die recht neu gegründeten „Grünen mit Haltung“ zu der Demonstration auf.

Innerhalb der grünen Partei formiert sich also Widerstand gegen die Landesführung, die als stärkste an der Regierung beteiligte Fraktion das demokratierechtlich fragwürdige Vorgehen ihres Koalitionspartners kompromissbereit mitzugehen zu scheint: Die Software wurde ohne öffentliche Diskussion schon im Frühjahr von einem Staatssekretär des CDU-geführten Innenministeriums für 25 Millionen Euro für fünf Jahre geleast (bzw. es wurde dem bayerischen Assoziierungsvertrag beigetreten), ohne dass eine gesetzliche Grundlage für deren Benutzung bestand.

Natürlich wusste der Redner der SPD auf der Königsstraße am 4. Oktober, Nicolas Fink, dies auch zu skandalisieren: Der Innenminister des Landes habe in Interviews geäußert, er kenne den Stand zu einer Anschaffung von Palantir nicht, als der Vertrag schon unterschrieben gewesen sei. „Entweder er hat gelogen oder er war wirklich nicht informiert,“ empörte Fink sich. Beides wäre ein Skandal.

Weniger staatsmännisch aber sachlich bewandert kritisierte der Kollege der Piratenpartei, Samuel Schmid, damals, dass durch die anvisierte Aufhebung der Zweckbindung jegliche Kontrolle über die von der Polizei abgerufenen Daten fehlten. Außerdem wies er auf den generellen Trend zu mehr Überwachung zulasten der Privatsphäre hin: Die damals von deutschen Regierungsparteien noch offen gestützte Gesetzesnovelle der EU für eine Chatkontrolle, die Messengerdienste verpflichtet, eine Hintertür für eine künstliche Intelligenz einzubauen, die gesendete Inhalte vor der Verschlüsselung nach – so der Gesetzgeber – kinderpornographischen Inhalte durchsucht, mache private Kommunikation unmöglich. Eine vorhandene Backdoor könne jedoch auch von anderen Akteuren (z.B. autokratischen Rivalenstaaten oder auch organisiertem Verbrechen) verwendet werden, verwies er auf eine vielfach rezipierte Kritik.⁵ Zudem wies er auf den Cloud Act, ein Gesetz der USA, hin, was US-amerikanischen Geheimdiensten den Zugriff alle Daten von US-Firmen garantiere, auch wenn diese auf Servern außerhalb der USA gespeichert würden.

Digitale Souveränität, Freiheitsrechte und Tech-Faschisten

Bedenken wegen möglichen Datenabflusses in die USA oder einer möglichen Einbuße der Souveränität der deutschen Ermittlungsbehörden in ihren digitalen Ermittlungen sind natürlich auch für die Kritiker Palantirs schwerwiegende Argumente. Wie einer der Redner, Sebastian Müller von den Grünen, abschließend erklärte, sei ihr Anliegen eigentlich auch CDU-kompatibel und jeder könne es der Großmutter erklären: es ginge um „die nationale Sicherheit und Souveränität“.

Bei einem vom lokalen Bündnis gegen Palantir organisierten Vortrag von „tante“ vom Chaos Computer Club, bürgerlich bekannt als Jürgen Geuter, am 30. September 2025 im Epplehaus in Tübingen kam diesbezüglich eine Sichtweise zur Sprache, die von den Sachverständigen der Landtagsanhörung als unsachlich abgewiesen wurde: Ist die Software von Palantir schon abzulehnen, weil die Inhaber und Leiter der Firmen sich gehäuft ausdrücklich gegen demokratische Prinzipien und für eine Überordnung marktwirtschaftlicher Mechanismen aussprechen, eine Legitimierung von Repression gegen Dissens inklusive?

Im mit „Faschismus durch die Infrastruktur-Hintertür – Wie Firmen wie Palantir die Demokratie aushöhlen“⁶ be-

titelten Vortrag jedenfalls nahm die Darstellung der anti-demokratischen Bestrebungen der Tech-Milliardäre hinter Palantir eine große Rolle ein. Peter Thiel sei ein langjähriger Unterstützer Donald Trumps und auch der CEO Alexander Karp habe seine lange vor sich her getragene humanistische Position (als in Frankfurt studierter Sozialwissenschaftler) gegen ein reaktionäres und gewaltverherrlichendes öffentliches Bild eingetauscht. Dementsprechend schwerer fiel es demnach auch, zu argumentieren, warum die digitale Vernetzung von Datenbanken insgesamt ein Problem sei, auch wenn diese beispielsweise von europäischen, weniger rechtsextremen Software-Anbietern bezogen würde.

Natürlich wissen autokratische Regime wie auch Faschisten es zu schätzen, einen umfassenden und die technischen Möglichkeiten ausschöpfenden Überblick über die Zusammenstellung ihrer Bevölkerung zu haben, wie es die frühe Lochkartennutzung der Nazis für ihre Volkshebungen schon zeigte.

Vertrauen oder Kontrollverlust?

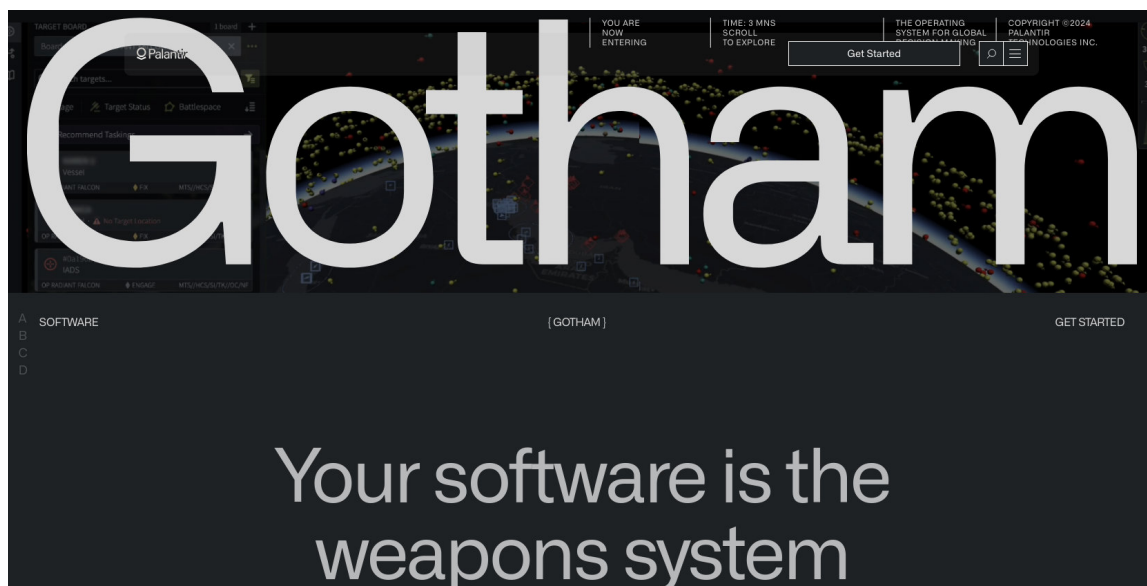
Ob der Missbrauch der Daten durch US-amerikanische staatliche Stellen oder faschistische Netzwerke droht, ist eine technische Frage – die das Fraunhofer Institut verneinte.⁷ Inwieweit eine eventuelle zukünftige autoritäre Regierung der BRD oder auch rechte Netzwerke innerhalb der deutschen Ermittlungsbehörden (man denke an die illegale Datenweitergabe im Rahmen des NSU 2.0) die Daten missbrauchen könnten – auch wenn eine ähnliche europäische Software von lupenreinen Demokraten angeschafft würde – eine andere.

Im aktuell verhandelten Gesetzesentwurf soll erstere Bedrohung, also das Abfließen von Daten in z.B. die USA, durch eine Nicht-Anbindung des Programms an das Internet sichergestellt werden (Artikel 1, Absatz 2).⁸ Die rechtmäßige Nutzung der Datenanalyse durch die Polizei soll durch das Parlamentarische Kontrollgremium, das auch den Landesverfassungsschutz kontrolliert, in mindestens vier Sitzungen im Jahr überprüft werden.

Gegenüber Kontext widersprach Steffen Schnürer vom Bündnis der Einschätzung des Fraunhofer Instituts. Dieses habe den Quellcode der Palantir-Software nicht wirklich einsehen können, sondern nur die aktuell installierte Version in einem sogenannten Black-Box-Test überprüft. „Das war erstmal eine ordentliche Untersuchung, aber beim nächsten Update könnte alles überfällig sein.“ Laut Kontext verweist das Innenministerium darauf, dass Backdoors auch bei Updates vertraglich ausgeschlossen seien.

Auf der Demonstration am 2. November 2025 kritisierte unter anderem Sebastian Müller, dass für die Bedarfsanpassung und Weiterentwicklung der Software regelmäßig Mitarbeiter von Palantir in den Rechenzentren der Polizei und mit Zugriff auf Quellcode und Datensätze arbeiten würden.

Screenshot von der Palantir Webseite, auf der Gotham als Waffensystem beworben wird.



Dieses Argument zielte eigentlich gegen die Versprechungen ab, dass man nach dem Fünfjahresvertrag auf eine europäische Lösung umsteigen würde. Wenn die Software fünf Jahre lang an den Betrieb angepasst worden ist, wäre sie Alternativen dann wahrscheinlich wirklich überlegen. Jedoch kann diese enge Einbindung der Firma natürlich auch Fragen bezüglich Backdoors und Datenabfluss aufwerfen.

Welche Daten eigentlich?

Fernab der Frage des Vertrauens gegenüber der US-Firma sind besonders Fragen bezüglich der Privatsphäre und möglicher Massenüberwachung durch die Aufhebung der Datenbindung zu diskutieren. Der SWR schreibt, dass das Kontrollgremium überprüfen solle, „ob und wie die Palantir-Software bei der Telekommunikationsüberwachung, bei Verkehrsdaten und der Datenanalyse eingesetzt wird.“⁴⁹

Generell dürfen laut dem Gesetzesentwurf (Artikel 1, Absatz 3) beispielsweise „Verkehrsdaten aus Funkzellenabfragen sowie Telekommunikationsdaten“ nur zur Prävention von „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ oder „zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist,“ eingesetzt werden.

Sonst dürfte in dem Programm auch zur Verhütung von „besonders schweren Straftaten“ die Zusammenführung von „Vorgangsdaten, Falldaten, Daten aus polizeilichen Auskunftssystemen und Daten aus dem polizeilichen Informationsaustausch“ erfolgen und „Verkehrsdaten, Daten aus Asservaten, Daten im Sinne des Satzes 1 aus gezielten Abfragen in landesfremden Datenbeständen, Daten in gesondert geführten staatlichen Registern sowie einzelne gesondert gespeicherte Daten aus Internetquellen“ können ebenfalls ergänzend einbezogen werden.

Welche Datenbanken das nun alles umfasst, müsste wohl eine mit dem Polizeirecht vertrautere Person uns Laien erklären. Immerhin dürften „personenbezogene Daten, die aus einer Wohnraumüberwachung oder einer Online-Durchsuchung gewonnen wurden,“ wohl nicht miteinbezogen werden.

Unter anderem der Sprecher der Piratenpartei warnte am 2. November jedoch davor, dass nun erst einmal eine recht eingeschränkte Nutzung legalisiert werden und dann, mit der sogenannten Salamtaktik, Stück für Stück neue Datensätze dazu genommen werden könnten.

Petitionen und weitere Anhörungen

Innerhalb der grünen Ecken des Bündnisses schlägt man jedenfalls versöhnlichere Töne an. Man könne verstehen, dass die Polizei mehr Digitalisierung und eine Software zur Vernetzung ihrer Daten benötige, aber es sei eben unklar, welche Datenbanken überhaupt in diese vernetzte Analyse miteinbezogen würde, äußern es grüne Kritiker: innen wie Sebastian Müller vorsichtig.

Letzterer initiierte eine Petition im landeseigenen Petitionssystem. Nachdem auf der Plattform OpenPetition schon einige tausend Unterschriften gesammelt wurden, wurde auch ihre Petition auf der Plattform des Landtags genehmigt, nach „einigen Verzögerungen durch rechtskonservative Kräfte innerhalb des Petitionsausschusses“, wie Müller meint, „wir wissen nicht ob CDU oder AfD“. Auch nachdem die Petition die 10.000 nötigen Unterschriften für eine Anhörung erreicht hätte, sei die Online-Unterschriftenliste direkt eingestellt worden und nur nach Protest der Initiator:innen weitergeführt worden. Ein weiteres Mal sei sie kurz nach der Veröffentlichung einer Anhörung ausgesetzt worden, die für den 6. November angesetzt war. Mittlerweile wird die Unterschriftenliste jedoch auch wieder weitergeführt und zählte zum 31. Oktober rund 13.000 Unterschriften.

THE LÄND

Is not Mordor



Motiv der Petitionskampagne, über sbamueller.com.

Müller führt dieses An- und Abschalten seiner Petition jedoch nicht auf einen Wunsch der Landesregierung, sie „stumm zu stellen“, zurück, sondern vielmehr auf eine Unbeholfenheit bezüglich des Instruments. Nun habe man dieses Instrument mit einer für ein Bundesland wohl angemessenen Grenze von 10.000 Stimmen eingeführt (und nicht mit einem Schwellenwert von 40.000, wie ihn die CDU gefordert habe, was aber über dem Schwellenwert für eine Bundespetition liege), wisse nun aber, da die erste Petition über die Schwelle kommt, nicht wie damit umzugehen sei.

Am 6. November 2025 durften der Petitionsführer und ein weiterer Sprecher ab 13 Uhr für je satte fünf Minuten vor dem Landtag sprechen. Dies konnte online auf der Seite des Landtags verfolgt werden. Am 12. November wird dann die zweite Lesung des Gesetzes stattfinden.

Untypische Allianzen, schwache Mobilisierung und der Gang durch die Grüne Partei

Obwohl die Verbände mit den gestandenen Parteien – teils vielleicht hauptsächlich aus Oppositionspolitik – namhafte Bündnisse aufbauen konnten, lässt ihr Druck jedoch zu wünschen übrig. Wahrscheinlich haben die untypischen Verbündeten der Stuttgarter Fußballfanszene mit ihren Kurven-Bannern gegen die Software sogar eine größere Basis – bei der Demo waren sie jedoch auch nicht zahlreich oder erkennbar anwesend.

Am Sonntag, 2. November mobilisierte das Bündnis, kurz vor der Anhörung ihrer Petition im Landtag, wieder nach Stuttgart. Zu den vormalig aufrufenden Organisationen kamen noch die Kleinstpartei Volt und Die AnStifter aus Stuttgart dazu. Trotz der namhaften Aufrufenden, die die demokratischen Oppositionsparteien und eine große Gewerkschaft umfassen – fanden sich wieder nur zwischen 200 und 500 Menschen zu der Demo ein.

Angesichts der relativen Dominanz, die die „Grünen mit Haltung“ nach Redezeit und Teilnehmerzahl bei der Kundgebung Anfang Oktober hatten, fragt man sich, ob der Kampf derzeit wohl eher innerhalb der grünen Partei geführt wird, denn auf der Straße und mit der Zivilgesellschaft.

Auf dem Blog des Grünenmitglieds Sebastian Müller,¹⁰ der auch einen Musterantrag dafür schrieb, sind mittlerweile mindestens zehn Kreisverbände der grünen Partei in Baden-Württemberg gelistet, die sich gegen die Gesetzesnovelle und die Einführung von Palantir aussprechen. Am 2. November war von 13 Kreisverbänden der Grünen die Rede – inklusive des „sogenannten regierungstreuen Esslinger Kreisverbands“. Nun möchte das Bündnis die Parteispitze sogar mit einer Urabstimmungsinitiative zu einem Einlenken in der Sache bewegen. Dafür bräuchten sie allerdings Unterschriften von zehn Prozent der Parteimitglieder.

Wenn die Grünen mit Haltung es schaffen, ihre Parteispitze von ihrem gemeinsamen Kurs mit der CDU abzubringen, wäre das ein bundesweites und internationales Exempel, dass vernetzte Überwachung und Klügel-Deals mit Palantir auch gestoppt werden können. Die Parlamentarier könnten die schwächelnde Bewegung aber auch immer noch mit beschwichtigenden Worten beiseite wischen.

Update nach der Redaktion: Am 12. November entschied sich der baden-württembergische Landtag mit großer Mehrheit für das neue Gesetz, dass es der Polizei erlaubt ab März 2026 Gotham anzuwenden.

Anmerkungen

- ¹ Palantir allegedly enables Israel's AI targeting in Gaza, raising concerns over war crimes. business-humanrights.org 17.4.2024.
- ² Anna Loll: Mehr Sicherheit durch mehr Kameras? deutschlandfunk.de 2.10.2014.
- ³ Mehr Unterstützung für die Polizei gefordert – wie wirkt KI? gdp.de 10/2024.
- ⁴ ÖA InnenA vom 22. Oktober 2025. landtag-bw.de/de/mediathek.
- ⁵ Alfonso Maruccia: Europe proposes backdoors in encrypted platforms under new security strategy techspot.com 3.4.2024.
- ⁶ Palantir Vortrag - ChaosTreffTübingen - Faschismus durch die Infrastruktur-Hintertür. freie-radios.net 1.10.2025.
- ⁷ Florian Kaufmann: Polizeiarbeit aus der Blackbox. kontextwochenzeitung.de 1.10.2025.
- ⁸ Drucksache 17 / 9478 Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz zur Einführung einer automatisierten Datenanalyse und zur Änderung weiterer polizeirechtlicher Vorschriften. landtag-bw.de 23.9.2025.
- ⁹ Henning Otte: Einigung im Palantir-Streit: Polizei in BW soll umstrittene Software nutzen dürfen. swr.de 29.7.2025.
- ¹⁰ Landtag gibt endlich öffentliche Petition gegen Palantir auf Landtagswebsite zur Unterzeichnung frei. Bereits 1000 Unterzeichnerinnen. sbamueller.com 14.10.2025.